

Jean, François

Working Paper

Tschetschenien: Moskaus Rache

WZB Discussion Paper, No. P 00-306

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Jean, François (2000) : Tschetschenien: Moskaus Rache, WZB Discussion Paper, No. P 00-306, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/49835>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

P 00 – 306

**Tschetschenien:
Moskaus Rache**

François Jean

März 2000

Arbeitsgruppe: Internationale Politik

Leiter: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein

Tel: (030) 25 491 564

Fax: (030) 25 491 561

e-mail: eberwein@medea.wz-berlin.de

Internet: <http://www.wz-berlin.de>

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

D - 10785 Berlin

Reichpietschufer 50

Der nachfolgende Aufsatz ist ungewöhnlich insofern, als er von dem üblichen Format der discussion paper abweicht. Es handelt sich nicht nur um einen Aufsatz, der die Form eines Essay hat, sondern zugleich um einen Essay, der inzwischen rein zeitlich schon wieder überholt ist. Wenn wir ihn dennoch veröffentlichen, dann aus mehreren Gründen. Zum einen ist der Fall Tschetschenien schon geradezu paradigmatisch für die Krise der humanitären Bewegung. Als einer ihrer Höhepunkte kann der Luftkrieg im Kosovo gelten und das, was an humanitärem Aktionismus, um nicht zu sagen Exzesse, im Kosovo nach dem Rückzug der Serben und dem Einmarsch der NATO- zw. UNO-Truppen erfolgte. Der Fall Tschetschenien zeigt, wie fragil letztlich die bestehende normative humanitäre Ordnung im internationalen System ist. Im Prinzip sind die Rechte der Opfer bzw. der potentiellen Opfer ebenso klar umrissen wie die Pflichten der kriegführenden Parteien. Doch Macht, wie der Fall Tschetschenien zeigt, setzt sich im Ernstfall gegen die humanitären Normen durch. Das gilt sowohl für die unmittelbar Beteiligten wie für die Staaten insgesamt.

Ein weiterer Grund für die Veröffentlichung besteht darin, daß Francois Jean einer der scharfsinnigsten Begleiter der humanitären Bewegung von Anfang an war – als Praktiker wie als Analytiker. Dies ist der letzte Aufsatz, den er schrieb, bevor er wenige Tage danach in Paris starb.

Francois Jean arbeitete seit 17 Jahren mit Médecins Sans Frontières in Paris, in den letzten Jahren als Leiter mehrerer Forschungsprojekte für die Stiftung Médecins Sans Frontières. Er hatte zu Beginn der achtziger Jahre mehrere der politisch komplizierten Einsätze der Organisation koordiniert - wie zum Beispiel im Libanon und in Äthiopien und hatte sich seitdem verstärkt der politischen Analyse humanitärer Arbeit zugewandt. Davon zeugen insbesondere die Bände "Helfer im Kreuzfeuer" und "Völker in Not" sowie das von ihm und Jean-Christophe Rufin herausgegebene und auch ins Deutsche übersetzte Buch "Die Ökonomie der Bürgerkriege". Darüber hinaus veröffentlichte er eine Reihe von Artikeln zu Nord-Korea, dem Kaukasus und der weltweiten Flüchtlingsproblematik.

Veröffentlichungen u.a.: *Corée du nord: un régime de famine* in: *Esprit*, Februar 1999 und *Tchéchénie: guerre totale et complaisance occidentale* in: *Relations internationales et stratégiques*, Nr. 23, Herbst 1996.

Zusammenfassung

Dieses Essay wirft ein kritisches Licht auf den russischen Krieg in Tschetschenien, der ein Desaster ist: natürlich für Tschetschenien, aber auch für Rußland selbst und den Kaukasus. Der neuerliche Krieg ist grausam, weil er sich gegen große Teile der Zivilbevölkerung richtet und die Bevölkerung im wahrsten Sinne des Wortes dezimiert. Er ist besorgniserregend, denn er ist ein Indiz für den fragilen Zustand des politischen Systems Rußlands und läuft Gefahr, den gesamten Kaukasus in die Gewalt hineinzureißen. Damit deutet sich dann zugleich an, wie zerbrechlich noch immer die bestehende normative Struktur der humanitären Ordnung im internationalen System ist und wie schwierig es ist, derartige kriegerische Auseinandersetzungen – vor allem wenn eine Großmacht der Aggressor ist – von außen zu „manipulieren“ bzw. zu transformieren. Es kann gezeigt werden, daß die von Moskau zu Beginn der Feindseligkeiten verkündeten Ziele nur bedingt erreicht wurden. Weit davon entfernt, Tschetschenien in den Schoß der Russischen Föderation zurückzuführen, verschärft dieser neue Krieg vielmehr das Mißtrauen und die Feindseligkeit, die sich während zweier Jahrhunderte Konfrontation angesammelt haben. Und statt die Radikalen zu schwächen, stärkt er die Fürsprecher eines Kampfes auf Leben und Tod gegen Rußland. Will man nicht auf die Politik des Schlimmsten setzen, gibt es keine andere Lösung als Verhandlungen. Doch selbst wenn Moskau begreifen würde, daß es in seinem Interesse ist, eine politische Lösung des Konflikts zu suchen, wird es nicht leicht sein, eine Lösung zu finden.

Abstract

This essay throws a critical light on the Russian war in Chechnya, which is a disaster, actually: of course for Chechnya, in addition, for Russia and the Caucasus. The recent war is cruel, because it is directed against large sections of the civilian population. The war is alarming, because it is an indication for the weak status of the political system in Russia – and it runs the risk to draw the entire Caucasus into the state of violence. At the same time this armed conflict indicates the fragility of the existing normative structure of the humanitarian order in the international system. And in addition, it points out how difficult it is to “manipulate” resp. to transform such military conflicts from the outside – particularly if a great power is the aggressor. Moreover, it can be shown that the goals announced by the Russian Government at the beginning of the hostilities were only conditionally achieved. Far from leading Chechnya back into the family of the Russian federation this new war intensifies rather the distrust and the animosity, which accumulated during two centuries of confrontation. And instead of weakening the radicals, it strengthens the advocates for a fight of live and death against Russia. If one does not want to set on a worst-case scenario, there is no other solution than negotiations. But even if Moscow would conceive that a political solution is in its own national interest, it will not be easy to find a solution.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Einleitung..... | 1 |
| Drei Jahre Atempause | 2 |
| Gescheiterte Verhandlungen..... | 3 |
| Das Anwachsen der Kriminalität | 4 |
| Ein unauffindbarer Staat | 6 |
| Das Eindringen der „Wahhabiten“ | 7 |
| Die russische Rache..... | 9 |
| Ein totaler Krieg | 11 |
| Die militärische Sackgasse | 13 |
| Die Falle der Besatzung | 15 |
| Die unmögliche Befriedung..... | 16 |
| Eine politische Lösung finden..... | 19 |

Einleitung

Die Atempause hat nicht lange gedauert. Nach drei Jahren prekärer Ruhe wird Tschetschenien vom Krieg eingeholt. Die Verträge von Chassawjurt, die am 31. August 1996 einen fast zweijährigen Konflikt beendeten, erweisen sich als kurzes Zwischenspiel in der Konfrontation zwischen Russen und Tschetschenen. Viel Zeit brauchte es nicht, damit die von der in Grosny herrschenden Anarchie zugelassenen Übergriffe mit den zynischen Manövern der im Kreml herrschenden Oligarchie in Einklang gerieten und Tschetschenien erneut auf den Weg der Konfrontation mit Rußland brachten. Dieses Land, das durch zwei Jahrhunderte Widerstand gegen die russische Kolonisierung gekennzeichnet und in jüngster Zeit vom Konflikt verwüstet worden ist, der zwischen Dezember 1994 und August 1996 die nach Unabhängigkeit strebende Republik in ein Ruinenfeld verwandelt hat, wurde gleichsam schicksalhaft erneut Ziel massiver und unterschiedsloser Bombenangriffe, die Tausende von Zivilopfer kosten und Ströme von Flüchtlingen auf die Straßen jagen.

Düsterer Eindruck von Allzubekanntem, bei dem sich die Bilder vom letzten Krieg mit den viel selteneren des gegenwärtigen Konflikts vermengen. Das Bild eines Boris Jelzin, der in pathetischer Weise abwesend ist in dem Augenblick, da er Rußland in einen mörderischen Konflikt hineinzieht. Das Bild von führenden Politikern voller Hochmut, die gestern Grosny „das Schicksal von Karthago“ voraussagten und heute versprechen, „die Terroristen bis in die Scheißhäuser zu verfolgen und umzulegen“. Das Bild schließlich einer gebrechlichen Macht, die sich durchlaviert und sich für den Krieg entschieden hat, um ihre Reichtümer zu bewahren. Mehr noch als 1994 ist dieser totale Krieg, den Rußland auf einem Territorium führt, das es als zur Russischen Föderation gehörig betrachtet, ein Wahlkrieg, der von einem diskreditierten, von Intrigen ausgehöhlten Regime losgebrochen wurde, das angesichts der kommenden Präsidentschaftswahlen sich zu verewigen sucht. Wäre es nicht zum Weinen, man könnte darüber lachen. Denn die russische Gesellschaft unterstützt bedenkenlos diese Machtpolitik, die gerade recht kommt, um die Skandale zu ersticken und die politische Auseinandersetzung in der Stunde der Nachfolge von Boris Jelzin zu umgehen. Auf diese Weise wurde ein KGB-Oberst, zum Ministerpräsidenten ernannt, um die Interessen der „Familie“ zu schützen, in wenigen Wochen dank der Verknüpfung seines Namens mit dem Krieg der aussichtsreichste Kandidat der Präsidentschaftswahlen im Juni 2000.

Im Abstand von drei Jahren scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Man könnte es für eine Farce halten, wäre es nicht ein Desaster - für Tschetschenien natürlich, aber auch für

Rußland und den Kaukasus. Denn dieser neue Krieg wird grausamer noch als der vorangegangene sein, der bereits die Bevölkerung der Republik im wahrsten Sinne des Wortes dezimiert hatte. Er wird auch noch absurder sein, denn keines der von verantwortungslosen Politikern wage verkündeten Ziele - „Liquidierung der Terroristen“ oder „Befreiung Tschetscheniens“ - kann erreicht werden, es sei denn, man plane die Beseitigung der gesamten Bevölkerung. Er wird schließlich noch besorgniserregender sein, denn er wirft ein besonders helles Licht auf den Zustand des politischen Systems und den der russischen Gesellschaft und läuft Gefahr, den gesamten Kaukasus in die Gewalt hineinzureißen.

Drei Jahre Atempause

Am 31. August 1996 hatten die Verträge von Chassawjurt, die nach der russischen Niederlage in Grosny von Alexander Lebed und Aslan Maschadow unterzeichnet worden waren, es ermöglicht, die Logik des Krieges zu durchbrechen und den Weg zu einer politischen Lösung des Konflikts eröffnet. Die bewußt zweideutig gehaltenen Verträge gaben den kriegsführenden Parteien fünf Jahre, um die Folgen des Konflikts zu überwinden und den Charakter der Beziehungen zwischen Tschetschenien und Rußland zu definieren. Es folgte ein Verhandlungsprozeß, der eine Zeit lang hoffen ließ, Russen und Tschetschenen könnten endlich aus dem schwindelerregenden Kreislauf von Widerstand und Unterdrückung heraustreten, in den zwei Jahrhunderte Konfrontation sie eingeschlossen hatten. Am 31. Dezember 1996 verließen die letzten russischen Einheiten das Territorium Tschetscheniens nach einem schwierigen, doch relativ beherrschten Prozeß eines verhandelten Rückzugs. Ein Monat später, am 27. Januar 1997, wurde Aslan Maschadow zum Präsidenten der tschetschenischen Republik von Itschkeria¹ gewählt. Der Wahlgang wurde sowohl von der OSZE wie von den führenden Politikern der Russischen Föderation als ordnungsgemäß anerkannt. Am 12. Mai 1997 schließlich wurde im Kreml ein Friedensvertrag von Boris Jelzin und Aslan Maschadow unterzeichnet. Dieser Vertrag, in dem beide Seiten, „geleitet vom Willen, einen Schlußpunkt unter Jahrhunderten der Konfrontation“ zu setzen, sich verpflichteten, „für immer auf die Anwendung von Gewalt und die Androhung von Gewalt in allen Streitfragen zu verzichten und Beziehungen zu pflegen in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Prinzipien und den Normen

des internationalen Rechts“, schien den Weg zu befriedeten Beziehungen und zu den lang erwarteten Verhandlungen über den künftigen Status Tschetscheniens zu öffnen.

Gescheiterte Verhandlungen

Die Diskussionen blieben jedoch sehr bald stecken. Und das Mißverständnis zwischen den Tschetschenen, die davon überzeugt waren, ihr militärischer Sieg bedeute politische Unabhängigkeit, und den Russen, die darauf beharrten, Tschetschenien als zur russischen Föderation gehörig zu betrachten, wurde allmählich größer. Die Tatsache, daß in der neuen Regierung unter Sergej Kirienko niemand mit den Beziehungen zu Tschetschenien beauftragt worden war, zeugte bereits ab März 1998 von der Sackgasse, in die die Verhandlungen geraten waren, noch bevor sie wirklich begonnen hatten.

Auch in ökonomischer Hinsicht führten die Diskussionen über den Wiederaufbau des Landes, über Fragen des Erdöls oder Zollprobleme nur zu mageren Ergebnissen. Gewiß wurde eine zeitweilige Übereinkunft hinsichtlich des Erdöls gefunden, so daß Grosny sich nach der Wiederherstellung der Pipeline, die das Rohöl vom Kaspischen Meer zum Hafen von Noworossiisk leitet, bis Anfang 1999 beachtliche Transitrechte gesichert hatte. Der Kreml hat jedoch niemals seine bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages eingegangene Verpflichtung erfüllt, zum Wiederaufbau des Landes beizutragen oder auch nur die unbezahlten Renten zu überweisen, ganz zu schweigen von den Kriegsentschädigungen, die die Tschetschenen forderten. Sicher zeugt diese Situation vom Verfall der Finanzen Rußlands, sie spiegelt jedoch auch das Fehlen von Weitsicht des Kremls gegenüber einer Region wider, die sich in Gärung befindet, und wo er nur noch in den Krieg investiert. Es sei denn, bestimmte Kreise an der Macht in Moskau haben auf die Karte der Verschlechterung der Situation und der Destabilisierung Tschetscheniens gesetzt, wie die der Republik aufgezwungene de facto Blockade nahelegt.

Wie auch immer, das Scheitern der Verhandlungen hat die Position von Aslan Maschadow, der nach einem *modus vivendi* mit Moskau strebte, gegenüber Schamil Bassajew und den Fürsprechern einer feindseligen Haltung zu Moskau, beträchtlich geschwächt. Dabei hatte

¹ Offizielle Bezeichnung der die Unabhängigkeit anstrebenden Republik, mit Verweis auf Itschkeria, die Bergregion im Süden Tschetscheniens, die seit dem 18. Jahrhundert das unantastbarste Gebiet des Widerstands gegen den russischen Expansionismus ist.

der Kreml während der Präsidentschaftswahlen seine Vorliebe für den Kandidaten Maschadow nicht verheimlicht, so wenig, daß ein Schatten auf dessen Legitimität fiel, als er mit derart auffälligem Nachdruck als idealer Gesprächspartner vorgestellt wurde. Schließlich hatten die Tschetschenen, viel Reife bezeugend, sich dafür entschieden, den siegreichen Stabschef, aber auch und vor allem den Verhandlungsführer an die Macht zu bringen, der es verstanden hatte, den Konflikt zu beenden, indem er die Verträge von Chassawjurt unterzeichnete. Die Wahl Aslan Maschadows war Ausdruck der Hoffnungen einer des Krieges müden Bevölkerung, die von ihrem Präsidenten erwartete, daß er die Beziehungen zu Rußland normalisiere, eine internationale Anerkennung der Republik durchsetze und die Mittel finde, das Land wieder aufzubauen und die Wirtschaft zu beleben. Moskau hat ihm - gelinde gesagt - die Aufgabe nicht erleichtert, in dem es ihm weder Ergebnisse noch Handlungsspielraum ließ gegenüber jenen, die in einem brodelnden Tschetschenien nicht laut genug zum Krieg blasen konnten.

Das Anwachsen der Kriminalität

Abgesehen von den Beziehungen zwischen Tschetschenien und Rußland und selbst von der Sackgasse, in der sich dieses zerstörte und von der Welt isolierte Land befindet, das in den Ruinen einer Wirtschaft überlebt, die sich auf das *business* reduziert, hängt die Desillusionierung der Bevölkerung eng mit der Unfähigkeit der Behörden zusammen, ein Minimum an öffentlicher Ordnung wieder herzustellen. Das Hauptproblem der tschetschenischen Führung während der kurzen Zwischenkriegszeit war in der Tat das Anwachsen der Kriminalität, die sich insbesondere durch eine wachsende Zahl von Entführungen für Lösegeld ausdrückte. Gewiß sind die Geiselnahmen kein neues Phänomen in der Region; Schriften aus dem vergangenen Jahrhundert berichten anschaulich über diese alten Praktiken. Der letzte Krieg und die von ihm hervorgerufenen Erschütterungen haben sie jedoch zweifellos belebt.

Die Massenverhaftungen verdächtiger Männer durch die Armee und durch Kräfte des Innenministeriums führten zu zahlreichen Transaktionen mit Familien, die ihre Angehörigen befreien oder in den Besitz ihrer Leichen kommen wollten. So nahmen der Rückkauf von Gefangenen zu, Vorspiel zu Entführungen, die als Tauschobjekte dienen sollten. Nach dem Ende des Konflikts verallgemeinerten sich die Geiselnahmen und betrafen Tschetschenen, aber auch Ausländer. In einer ersten Phase, im Winter 1996-97, zielten die Entführungen vor allem auf russische und ausländische Journalisten, bevor sie Mitgliedern humanitärer Organisatio-

nen galten und sich nach und nach auf alle Republiken des Nordkaukasus ausdehnten. Das Phänomen nahm bald ein derartiges Ausmaß an, daß sich alle in der Region noch präsenten internationalen Akteure schrittweise zurückzogen.

Diese Geiselnahmen verweisen zwar wesentlich auf eine kriminelle Logik, sind jedoch auch nicht frei von einer politischen Dimension. Der Zeitplan der Entführungen und Befreiungen - der oft mit politischen Daten zusammenfiel -, das Profil der betroffenen Persönlichkeiten - besonders während Verhandlungen -, usw. belegen die politische Instrumentalisierung dieser Ereignisse, wenn auch oft im Nachhinein. Dennoch muß man sich vor Fehlrationisierungen hüten - entsprechen dem Prinzip „wem nutzt das Verbrechen“ - und es vermeiden, sich von Komplottheorien irreführen zu lassen, die in der Region sehr in Mode sind, selbst wenn - und das ist sowohl für Rußland als auch für Tschetschenien ärgerlich -, diese Theorien insbesondere im ehemaligen sowjetischen Kaukasus schwer auszuschließen sind.

Nichtsdestotrotz hat das Anwachsen der Kriminalität in der nach Unabhängigkeit strebenden Republik einen günstigen Boden bereitet für alle Manipulationen in dem Augenblick, da Moskau sich bemühte, Tschetschenien zu diskreditieren und zu isolieren. Die Geiselnahmen ließen die Realität Tschetscheniens mit den in Rußland verankerten Vorurteilen und dem von Moskau in Richtung Westen gehaltenen Diskurs übereinstimmen: sie bestätigten a posteriori die Vorstellung von einem Volk von „Banditen“, die von Boris Jelzin während des vorangegangenen Konflikts verbreitet worden war, und rechtfertigten a priori den Kampf gegen die „Terroristen“, der heute von Wladimir Putin verkündet wird.

Inzwischen, das heißt zwischen der Ermordung von sechs Mitgliedern des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) im Dezember 1996 und der Enthauptung, im Dezember 1998, von vier angelsächsischen Technikern, die ein Telekommunikationszentrum in Grosny errichten wollten, hat die Epidemie der Entführungen die nach Unabhängigkeit strebende Republik wieder isoliert und die Tschetschenen, die einen Augenblick lang von der internationalen Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen worden waren, erneut in ein tödliches Auge in Auge mit Moskau eingeschlossen.

Ein unauffindbarer Staat

Obwohl sie sich der verheerenden Folgen dieser Praktiken bewußt war gerade zu einem Zeitpunkt, da es um die internationale Anerkennung der Republik und der Gewährung einer für den Wiederaufbau des Landes unentbehrlichen ökonomischen Hilfe ging, erwies sich die

tschetschenische Führung als unfähig, das Anwachsen der Kriminalität einzudämmen. Diese Unfähigkeit, die Entführungen zu verhindern, hängt teilweise von der Macht der beteiligten Gruppen ab, die gut organisiert sind, verschiedene Nationalitäten umfassen, Unterstützung bis in einflußreiche Moskauer Kreise finden und über beachtliche finanzielle Mittel verfügen, die auf der Höhe der gezahlten Lösegelder sind. Sie verweist jedoch auch auf Besonderheiten der tschetschenischen Gesellschaft und spiegelt die Risiken des staatlichen Aufbaus in Tschetschenien wider.

Die große Bedeutung des Gedanken der Freiheit für die Tschetschenen, ihrer egalitären Traditionen und ihrer „patriarchalischen Demokratie“ ist seit langem belegt und bildet einen frappierenden Kontrast zur gesellschaftlichen Organisation ihrer Nachbarn - Kabarden oder Tscherkessen -, deren aristokratische Adelsgesellschaften von Rußland leichter unterworfen wurden, insbesondere durch Mechanismen der Kooptation der Eliten. In dieser Gesellschaft ohne staatliche Tradition, die sich gegen jede Autorität auflehnt, genießt der Staat a priori keinerlei Legitimität, und wäre es auch nur, weil er immer schon gleichbedeutend mit Kolonialherrschaft oder totalitärer Unterdrückung war. Aufgrund ihrer Traditionen und einer tragischen Geschichte empfinden die Tschetschenen keinerlei Verpflichtung gegenüber irgendeiner Autorität - sei es der Staat oder die Macht. Das egalitäre Gefühl und die Freiheitsliebe, die im Widerstand gegen den russischen Expansionismus ihre Stärke bildeten, stellen sich heute beim schwierigen Aufbau eines unabhängigen Staates als Problem heraus.

Eine der Fragen, mit denen sich die Behörden in ihrem Kampf gegen die Kriminalität konfrontiert sahen, war die juristische Leere. Die Sowjetunion hat Tschetschenien ein System von Gesetzen hinterlassen, das seit der Unabhängigkeitserklärung am 1. November 1991 in Kraft blieb, das jedoch als Erbe des imperialen und totalitären Erbes diskreditiert ist. So setzte sich die *Scharia* schrittweise durch, weniger aufgrund einer etwaigen Übernahme einer islamischen Ordnung durch die tschetschenische Gesellschaft, sondern weil sie in Erwartung eines neuen Strafrechts das einzige Normensystem darstellt, das von einer kaum aus dem sowjetischen System herausgetretenen Gesellschaft als legitim betrachtet wird. Dennoch, und das ist eine Konstante in der tschetschenischen Geschichte, hat es die *Scharia* schwer, sich gegen die traditionellen Bräuche, die *Adats*, durchzusetzen. Als Präsident Maschadow im Sommer 1997 beschloß - sicher mit einer etwaigen Abschreckungswirkung rechnend -, Personen, die von Scharia-Gerichten wegen besonders verabscheuungswürdiger Verbrechen zum Tode verurteilt worden waren, öffentlich hinrichten zu lassen, blieben die Henker verhüllt, während die Mitglieder der Opferfamilien mit enthülltem Gesicht der Hinrichtung

glieder der Opferfamilien mit enthülltem Gesicht der Hinrichtung beiwohnten. Aslan Maschadow betonte auch mehrfach im Fernsehen, daß Mitglieder der Ordnungskräfte, die bei Operationen gegen kriminelle Gruppen aktiv werden, in keinem Fall Gegenstand einer Strafverfolgung werden dürften, wenn bei diesen Operationen Personen zu Tode kommen.

Entsprechend schwer ist der Kampf gegen die Kriminalität in einer Gesellschaft, in der der Staat keinerlei Legitimität genießt, in der er nicht über das Monopol legitimer Gewalt verfügt und wo jede Ausübung von Gewalt den Kreislauf der Rache auszulösen droht. Abgesehen von der Schwäche der Behörden gegenüber mächtigen kriminellen Gruppen ist es auch die Furcht der tschetschenischen Verantwortlichen davor, daß Strafaktionen in Repressalien, ja selbst in einen Bürgerkrieg ausarten könnten, die die Möglichkeiten des Kampfes gegen die Kriminalität einengen.

Das Eindringen der „Wahhabiten“

So lebt Tschetschenien seit drei Jahren das qualvolle Vorspiel einer de facto Unabhängigkeit in einer von traditionellen Regeln geordneten Anarchie, die jedoch jederzeit in brudermörderische Auseinandersetzungen degenerieren kann. Da es der Staat nicht vermochte, seine Legitimität noch Maschadow seine Autorität durchzusetzen, wurde das Land zum Aktionsfeld mächtiger - krimineller oder fundamentalistischer - Gruppen, die völlig ungestraft handeln. Die Niederlassung fundamentalistischer Gruppen, die als „Wahhabiten“ bezeichnet werden, ist angesichts der Besonderheiten des Islams in Tschetschenien völlig unerwartet. Denn dieser Fundamentalismus, der heute ein wenig überall in die muslimischen Welt eindringt dank internationaler Netzwerke, die über umfangreiche Finanzmittel verfügen, ist Träger einer rigoristischen Konzeption des Islams, und steht allen Formen von Volksreligionen, insbesondere dem im Nordkaukasus vorherrschenden Sufismus, ablehnend gegenüber. Der Islam in Tschetschenien wurde von Sufi-Brüderschaften getragen, der Naqchbandiya und der Qadiriya, die sich während der Kriege des vergangenen Jahrhunderts mit dem nationalen Widerstand identifizierten und während der Stalinschen Repression und Deportation zu einem zentralen Element der tschetschenischen Gesellschaft wurden.²

² Alexandre Bennigsen und Chantal Lemerrier Quelquejay, *Le soufi et le commissaire, Seuil, Paris 1986.*

Trotz dieses Gegensatzes gelang es dem Wahhabismus dank des letzten Krieges, der die Gesellschaft zutiefst erschüttert hat und ein mächtiger Faktor der Radikalisierung der Geister war, sich festzusetzen. Obwohl er marginal bleibt, hat er dennoch seinen Einfluß gefestigt, indem er jungen Entwurzelten in einem verwüsteten Land einen Sozialisierungsrahmen bietet. Allerdings hat das Vordringen des Fundamentalismus auch Reaktionen hervorgerufen: nach dem Ende des Konflikts wurden die Wahhabiten aus zahlreichen Ortschaften vertrieben, manchmal nach Kämpfen wie in Guderma im Sommer 1998, und zogen sich in ihre Lager zurück, von wo aus sie weiterhin einen Einfluß ausüben, der ihren Finanzmöglichkeiten in einem Land entspricht, das ständig verarmt. In einem Kontext, der gekennzeichnet ist von der durch Moskau aufgezwungenen Blockade und dem Rückzug der wenigen humanitären Organisationen, die noch helfen könnten, stellten die fundamentalistischen Netzwerke bald die einzige äußere Finanzquelle dar, die in Tschetschenien fortbesteht.

Und wenn auch ihre Ausstrahlung in der tschetschenischen Gesellschaft begrenzt ist, so verfügen die wahhabitischen Gruppen dennoch über ein starkes Destabilisierungspotential, wie ihre bewaffnete Intervention in der Nachbarrepublik Dagestan beweist. Anfang August und erneut im September 1999 haben Schamil Bassajew und Schattab, ein Wahhabit saudischer Herkunft, der beim letzten Konflikt in Tschetschenien gekämpft hat, mit mehreren hundert Kämpfern die Grenze zu Dagestan überschritten, um einer islamischen Gruppe in der Region von Botlich und Tsumada zu Hilfe zu eilen. Dieses Eindringen wahhabitischer Fundamentalisten und müßiger Kämpfer, die von nahöstlichen Sponsoren gesponsert und bestimmten Moskauer Oligarchen ermutigt werden, stieß auf heftige Reaktion seitens der Kräfte der Föderation. Dieses Militärabenteuer, in das sich tschetschenische Radikale unvorsichtigerweise hineingestürzt haben - oder hineinziehen ließen -, sollte, zusammen mit den mörderischen Attentaten in Rußland im August-September 1999, als Auslöser - oder als Vorwand - für den neuen Krieg gegen Tschetschenien dienen.

Die russische Rache

Am 1. Oktober 1999, nach drei Wochen intensiver Bombardierung von Dörfern in der Nähe der dagestanischen Grenze, ging die russische Armee zur Offensive über und drang auf tschetschenisches Territorium ein. Während der russische Ministerpräsident, Wladimir Putin, Aslan Maschadow jede Legitimität absprach, begannen die Föderationstruppen damit, eine „Sicherheitszone“ zu schaffen, indem sie die Bezirke von Naurskaja und Chelkowskaja nördlich des

Flusses Terek besetzten, die traditionellerweise als die gegenüber Rußland am wenigsten feindseligen betrachtet werden. Nachdem es so schien, als wolle sich die russische Armee auf die Errichtung eines „Cordon sanitaire“ und die Bombardierung der „Terroristenbasen“ beschränken, überschritt sie zwei Wochen später den Terek und erklärte ihren Willen, „die bewaffneten Banden auf dem gesamten Territorium zu vernichten“ und begann ihren Marsch Richtung Grosny.

Gleichzeitig überschritt Wladimir Putin den Rubicon und verkündete ein neues Kriegsziel: die „Rückeroberung Tschetscheniens“. Dieses Hinübergleiten in Form einer Flucht nach vorn spiegelt die Irrationalität des Entscheidungsprozesses im Kreml wider und zieht Rußland in ein Räderwerk hinein, von dem niemand weiß, wohin es führen wird. Wie 1994 hängt heute das Schicksal Tschetscheniens von Entscheidungen einer verantwortungslosen Macht ab, die nur die Sprache der Stärke kennt und unfähig ist, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Moskau und den verschiedenen Komponenten des ehemaligen sowjetischen Imperiums vorzuschlagen. Allerdings mit dem Unterschied, daß die russische Gesellschaft, die gestern den „Kremlkrieg“ ablehnte, heute die Unnachgiebigkeit Wladimir Putins in einer dumpfen Atmosphäre der Jagd nach den kaukasischen „Schwarzärschen“ in Moskau und der militärischen Abrechnung in Tschetschenien gutheißt. Dieses breite patriotische Aufbäumen mit rassistischen und fremdenfeindlichen Akzenten, das selbst vom Westen als „liberal“ qualifizierte Politiker nicht in Frage zu stellen wagen, wird von den von der Macht kontrollierten Medien genährt. Die russische Presse, die während des letzten Krieges eine breite Palette von Ansichten darbot, gibt heute die Kommuniqués der Armee wieder.

Die Bevölkerung, der nach siebzig Jahren offizieller Lüge kritische Bezugspunkte fehlen, läßt sich zwar nicht täuschen, doch der Krieg dient als Ventil für die im Laufe der letzten Jahre angehäuften Frustrationen. Denn die zwar allgegenwärtige Propaganda ist nicht hinreichend, um die Vergiftung der russischen Bürger durch den Kriegsdiskurs zu erklären. Die Tschetschenen konnten zu Sündenböcken werden, weil sie den Groll katalysieren, der sich in einer Bevölkerung angesammelt hat, die sich durch die Schwäche des Staates zur Verzweiflung getrieben und durch das Verschwinden der Sowjetmacht beleidigt fühlt. Der Kaukasus ist in der Geschichte Rußlands zu wichtig, als das es anders sein könnte: Die Tschetschenen als ewige Rebellen sind Teil der Legende des Imperiums und Rußland ist es sich schuldig, sie zu vernichten, um weiterhin zu existieren. Denn Rußland hat sich nie als Nationalstaat, sondern immer als entweder despotisches oder totalitäres Imperium definiert. Der Imperiumgedanke

bleibt wirksam, und bis zur ungewissen Durchsetzung der Demokratie hört Moskau nicht auf, den Nationen und Nationalitäten des ehemaligen Sowjetreiches zu zeigen, daß es nichts von seiner Unterdrückungsfähigkeit verloren hat. Die Frage der Identität Rußlands ist ebenso zugespitzt wie die des Staates in Tschetschenien. Solange diese Fragen nicht gelöst sein werden, wird das Imperium, Feind der Freiheit, zusammen mit Tschetschenien, begeisterter Anhänger der Freiheit, ein Paar bilden, das zusammengeschweißt ist durch eine seltsame Mischung von Faszination und Angst und das in tragischer Weise zur Konfrontation verurteilt ist.

Selbst wenn die Mehrheit der Russen einräumt, daß Tschetschenien nicht Rußland ist, nimmt sie dennoch die tschetschenische Unabhängigkeit als Verletzung der russischen territorialen Integrität wahr. So begann Rußland seine Grenzen innerhalb seines eigenen Territoriums zu verteidigen, in dem, was Georges Charachidzé einen „umgekehrten Unabhängigkeitskrieg“ nennt.³ Acht Jahre nach der tschetschenischen Unabhängigkeitserklärung und trotz eines ersten verheerenden Krieges oder besser, wegen einer demütigenden Niederlage, versteift sich Moskau darauf, seine ehemalige Kolonie zurückzuerobern. Die Absurdität eines solchen Unterfangens und die Unfähigkeit des Kremls, glaubwürdige Ziele zu formulieren, sind kein gutes Omen für seine Fähigkeit, aus der Krise herauszufinden. Bleibt die Wut, Schluß zu machen: Moskau ist bereit, das tschetschenische Territorium zu befreien, indem es sich von den Tschetschenen befreit.

In diesem Kontext ist die Rolle der Armee klarer als im Dezember 1994, als sie „die Verfassungsordnung in Tschetschenien wiederherstellen“ sollte und von den ersten Tagen an auf Kundgebungen von Zivilisten stieß. Gegen ihren Willen in eine Repressionskampagne hineingezogen, mußte die Armee damals improvisieren und tat es unter den schlechtesten Bedingungen hinsichtlich der Vorbereitung, der Koordinierung und der Moral. Heute scheinen die Generäle keine Bedenken mehr zu haben bei dem Gedanken, mit militärischen Mitteln einzugreifen auf dem, was sie als Territorium der Russischen Föderation betrachten. Die Zeit ist vorbei, da militärische Verantwortliche wie der General Gromow ihre Mißbilligung ausdrückten und sogar zurücktraten. Heute sind die Generäle, die die militärischen Operationen leiten, wie Kwaschnin, Chamanow oder Pulikowski, sämtlich Veteranen des vorangegangenen Feldzuges, die nach der Demütigung der Niederlage von 1996 nach Rache dürsten.

³ Georges Charachidzé, *Les Tchétchènes, un peuple en sursis*, in: *Le genre humain*, Frühjahr-Sommer 1995. Siehe auch vom gleichen Autor den bemerkenswerten Artikel über die Folgen der stalinschen Nationalitätenpolitik im Kaukasus *L'Empire et Babel* in: *Le genre humain*, Herbst 1989.

Wir sind weit entfernt von den Zweideutigkeiten der schlichten „Polizeiaktion“ des Winters 1994. Die Verantwortlichen nehmen nunmehr den Krieg voll auf sich und verstehen ihn als totalen und endgültigen Krieg. Tschetschenien wird eindeutig als feindliches Land betrachtet, als zu eroberndes Territorium, und es wird entsprechend behandelt: Gas und Strom wurden zum Beispiel abgeschaltet, was während des letzten Konflikts nicht geschah. Auch die Frage der Anwendung von Gewalt wurde energisch gelöst. Die Armee hat sich während des letzten Konflikts daran gewöhnt, auf Zivilisten zu schießen und scheint in einem offen rassistischen Kontext entschlossen, mit den Rebellen Schluß zu machen. Während des ganzen Sommers wurden die Kräfte der Föderation um die nach Unabhängigkeit strebende Republik zusammengezogen und zählen mehr als hunderttausend Mann. Seit dem Beginn der Bombardierung Tschetscheniens am 5. September 1999 setzt das Militär alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ein: Luftwaffe, schwere Artillerie und sogar die vor drei Jahren wenig eingesetzten Boden-Boden-Raketen. Es schließt auch nicht den Einsatz neuer Massenvernichtungswaffen ein, die schamhaft von den verantwortlichen Militärs als „nicht-orthodox“ bezeichnet werden.

Ein totaler Krieg

Der neue Krieg verspricht noch mörderischer zu werden als der letzte Konflikt, obwohl dieser annähernd hunderttausend Menschenleben gekostet hatte - etwa ein Zehntel der Bevölkerung der Republik - und auch den Tod Tausender russischer Soldaten. Denn die russischen Generäle, darum besorgt - eine seltene Ausnahme -, die Verluste in den eigenen Reihen zu begrenzen, um ein Umschlagen der öffentlichen Meinung zu vermeiden, haben von vornherein eine Strategie entwickelt, auf die sie erst massiv nach der blutigen Niederlage bei ihrem ersten Angriff auf Grosny, Neujahr 1995, zurückgegriffen hatten: um den Kampf Mann gegen Mann zu vermeiden, bemühen sich die russischen Truppen, ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung, alle Widerstandsnester unter einer wahren Feuerflut zu vernichten. Sie gehen vorsichtig voran und besetzen Städte, die sie zuvor durch Artillerie und aus der Luft in Ruinenfelder verwandelt haben. Diese „strategische Lehre“ blinder Brutalität wird heute in methodischer und systematischer Weise umgesetzt und erweist sich als gegen die Bevölkerung gerichteter Vernichtungskrieg. Paradoxerweise verwandelt sich die Sorge, das Leben der Soldaten zu schonen, in ein Massaker großen Stils an der Zivilbevölkerung.

Von den ersten Tagen des Konflikts an trieben die massiven, unterschiedslosen Bombardierungen hunderttausende Zivilisten auf die Straßen, von denen hundertfünfzigtausend Zuflucht in der benachbarten Republik Inguschien finden konnten, bevor am 23. Oktober die Grenze völlig von der Armee kontrolliert wurde. Seitdem hat sich der Exodus auf ein dünnes Rinnsal reduziert: der Grenzübergang findet nur noch tropfenweise statt, nach tagelangem Warten, und muß oft kräftig bezahlt werden. Doch Männer zwischen 15 und 60 Jahren, die a priori des „Terrorismus“ verdächtigt sind, zögern, sich an den Grenzübergangsstellen zu zeigen. Seitdem ist die Mehrheit der Bevölkerung auf die Berge im Süden des Landes ausgewichen, in heillosen Flucht, um zu versuchen, der russischen Dampfwalze zu entrinnen. Doch die Berge haben sich in eine Sackgasse verwandelt, die ohne Unterlaß von Flugzeugen und Hubschraubern beschossen werden, die sich besonders auf die letzte Fluchtmöglichkeit konzentrieren, die Piste, die über die kaukasische Bergkette in Richtung Georgiens führt. Es gibt kein Sanktuarium: Tschetschenien hat sich in eine Reuse verwandelt, in der fast eine halbe Million von Heimatlosen kreist, die verzweifelt versucht, den Bombardierungen zu entkommen.

Bei diesem mörderischen Spiel ist die mitunter von der russischen Führung zur Schau gestellte Sorge um die Bevölkerung nichts als ein Täuschungsmanöver, das die Möglichkeit einer Flucht der Zivilbevölkerungen glauben machen und von vorn herein eine Verdopplung der Gewalt gegen die Städte rechtfertigen soll, die die Bewohner angeblich verlassen haben. Erneut werden wie während des letzten Krieges die angekündigten Ruhepausen, die der Bevölkerung erlauben sollen, die bombardierten Städte zu verlassen, von den Fakten Lügen gestraft. Auch die „humanitären Korridore“, die manchmal von den Militärs geöffnet werden, sind es oft nur gegen entsprechende Bezahlung, ohne jedwede Sicherheitsgarantie und stets mit dem Risiko der Verhaftung für Männer, die dem Alter nach Waffen tragen könnten.⁴ Es gibt keinen Notausgang für die Tschetschenen und keine Grenzen für die Russen, die entschlossen zu sein scheinen, ein für allemal mit den „Terroristen“ Schluß zu machen.

Die Situation ist um so ernster, als Journalisten und Mitglieder humanitärer Organisationen daran gehindert werden, sich nach Tschetschenien zu begeben. Zur Furcht vor Entführungen, die auch heute noch die beste Garantie für die von den Truppen der Föderation aufge-

⁴ Zu den humanitären Folgen des Krieges 1994-1996 siehe insbesondere: Memorial Human Rights Center, *By all available means*, Moskau 1996 und François Jean, „The problem of medical relief in the chechen war zone, *Central Asian Survey*, 15(2), 1996.

zwungene Isolierung ist, kommen handfeste politische Blockierungen, die jeden Zugang zur Republik außerhalb der seltenen Reiseführungen, die von der Armee in den „befreiten Zonen“ organisiert werden, verbieten. Selbst die Flüchtlingshilfe wird von der unendlichen Vielfalt der „administrativen“ Probleme behindert, die jede unabhängige Hilfsaktion in Inguschien verhindert. Ohne internationale Präsenz gibt es keinen Halt und allen Grund zu befürchten, daß die kollektiven Repressalien gegen eine ganze Bevölkerung zur Ausrottung eines Volkes führen.

Dennoch läuft dieser gnadenlose Krieg Gefahr, sich als unlösbar zu erweisen. Was auch die Ziele des Konflikts sein mögen, die verwendeten Mittel garantieren, daß sie nicht erreicht werden können, es sei denn, man plane die Beseitigung der Tschetschenen.

Die militärische Sackgasse

Indem sie Rußland in einen neuen Krieg gegen die Tschetschenen führten, haben verantwortungslose Politiker eine unglaubliche Fehleinschätzung der Geschichte bewiesen. Die Erinnerung an zwei Jahrhunderte Konfrontation und vor allem an den stalinistischen Terror ist in Tschetschenien sehr lebendig: alle Tschetschenen über 50 Jahre haben die Deportation erlebt und all jene, die heute mit der Brutalität der russischen „Befriedungsmethoden“ konfrontiert sind, sind zu recht oder zu unrecht davon überzeugt, daß ihr Leben auf dem Spiel steht. Vor dem Hintergrund der vom letzten Krieg hinterlassenen Verwüstungen zweifelt in der Tat niemand, daß es Rußlands Ziel ist, die Tschetschenen zu beseitigen. Und die Prahlereien der kleinen Herren des Kreml, die die „völlige Liquidierung“ der Terroristen versprechen, hallen wider im Gedächtnis des Volkes, das als ganzes als „Bandit“ oder „Terrorist“ gebrandmarkt wird und das aufgrund seiner Geschichte das in allen ehemals sowjetischen Ländern dunkle Erinnerungen weckende Wort „Liquidierung“ wörtlich nimmt. Die blinden Bombardierungen, die erneut die Republik verwüsten, geben ihm eine schreckliche Aktualität und können eine ganz andere als die erwartete Reaktion hervorrufen, indem sie die Tschetschenen nun vollends davon überzeugen, daß man sie ausrotten will. Heute wie im vergangenen Jahrhundert wird der Machtmißbrauch der föderalen Kräfte ein ganzes Volk in einen gnadenlosen Überlebenskampf drängen.

Die Geschichte von zwei Jahrhunderten Konfrontation zeigt in der Tat, daß die Terrorpolitik der russischen Truppen von 1825 bis 1859, während des ersten „Kaukasuskrieges“

durch die Rote Armee 1920-1921, während des Bürgerkrieges und durch die föderalen Truppen 1994-1996 sich immer als kontraproduktiv erwies.⁵ Im 19. Jahrhundert hat die Grausamkeit des Generals Ermolow, die davon ausging, die Tschetschenen würden nur die Sprache der Stärke verstehen, lediglich den Widerstand gesteigert: die Strafexpeditionen, die Zerstörung der Dörfer und die massenhaften Massaker trieben die Bergbewohner in die Arme des Imam Schamil, der sie in einem dreißigjährigen Krieg gegen Rußland vereinte.

Desgleichen bewirkten die massenhaften und unterschiedslosen Bombardierungen des Winter 1995 zunächst eine Wiederbelebung des tschetschenischen Patriotismus, der durch die Fehler des Dudajew-Regime arg angeschlagen war, und stärkten die Legitimität der Anhänger der Unabhängigkeit. Die russischen Generäle, die einer feindseligen Bevölkerung gegenüber standen, kompensierten mit massiven Bombardierungen, die verheerende politische Folgen hatten, das Zögern ihrer gewaltigen Panzerarmada angesichts des Widerstands einer Handvoll entschlossener Kämpfer. In der Folge führten die „Säuberungsaktionen“ und die Zerstörung von Dörfern eine ständig wachsende Zahl von Tschetschenen dazu, zu den Waffen zu greifen und sich dem Widerstand anzuschließen. Denn die dem Erdboden gleichgemachten Städte wurden anschließend mit den klassischen Methoden der Polizeiwilkkür gesäubert (Verhaftungen, Folter, willkürliche Hinrichtungen) sowie mit den weniger klassischen Praktiken einer Besatzungsarmee, die von Angst und Disziplinlosigkeit ergriffen ist (unterschiedslose Schüsse, Erpressungen, Plünderungen). Die Falle schloß sich immer über Zivilisten für zukunftslose Siege, bei denen die Zahl der Kämpfer stetig wuchs. Weit davon entfernt, die Bevölkerung einzuschüchtern, haben die Übergriffe der föderalen Kräfte im Gegenteil ihre Entschlossenheit gestärkt. Während sich die Feindseligkeit der Bevölkerung unter der Einwirkung der Bombardierungen und der Repression in eine Volkserhebung verwandelte, gewannen die massiv von der Bevölkerung unterstützten Kämpfer die Initiative zurück.

Die Brutalität der föderalen Kräfte droht heute erneut, die Einheit und den Kampfesgeist der Tschetschenen zu stärken, die schwierige Perioden kennzeichnen. Dieses Phänomen ist vom Anfang des Konflikts an wahrnehmbar: die erste Auswirkung der Intervention der föde-

⁵ Zu den wichtigsten Kapiteln des tschetschenischen Widerstandes gegen den russischen Expansionismus seit zwei Jahrhunderten siehe insbesondere: Alexandre Bennigsen: „Un mouvement populaire au Caucase au XVIII è siècle,, *Cahiers du monde russe et soviétique*, V,2, 1964; Moshe Ganner, *Muslim Resistance to the Tsar, shamil and the Conquest of Chechnya and Daghestan*, Frank Cass, 1994 und Marie Bennigsen Broxup, „The Las Ghazawat: The 1920-21 Uprising,, in M. Brenngisen Broxup (ed.), *The North Caucasus Barrier*, Hurst & Co., 1992. Zum letzten Krieg siehe: François Jean. „La nouvelle guerre du Caucase,, *Central Asian*

ralen Kräfte bestand darin, daß die führenden Tschetschenen ihre Reihen enger schlossen. Trotz der ablehnenden Haltung Aslan Maschadows gegenüber den am dagestanischen Abenteuer beteiligten Gruppen bestand eine seiner ersten Entscheidungen darin, Schamil Bassajew die Verantwortung für die östliche Front zu übertragen. Ebenso wurde die heute von der Gewalt der Bombardierungen gelähmte Bevölkerung, die sich auf ihr Überleben konzentriert, schrittweise in den Krieg hineingezogen. Trotz der von drei Jahren wirtschaftlichen Stillstandes und chaotischer Unabhängigkeit erzeugten Desillusionierung und großer Kriegsmüdigkeit droht die tschetschenische Bevölkerung, sich erneut gegen den Aggressor zu mobilisieren, und wäre es nur, weil sie ohne Zweifel keine andere Wahl haben wird. Viel wird von den Truppen abhängen, die die Städte besetzen werden, von ihrer Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung.

Die Falle der Besatzung

Während der ersten drei Monate des Konflikts verstanden es die russischen Generäle, die Lehren aus dem letzten Krieg zu ziehen: sie vermieden es, sich in eine Stadtguerilla hineinziehen zu lassen, wie es Kämpfer gern gesehen hätten, die der Armee möglichst hohe Verluste zufügen wollten, um eine Reaktion der öffentlichen Meinung zu provozieren und Moskau zu zwingen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Nachdem die Wahlen zur Legislativen vorbei und die wichtigsten Städte dem Erdboden gleich gemacht sind, befinden sich die militärisch Verantwortlichen erneut vor großen Gefahren. Denn sie werden den Zeitpunkt der Besetzung der Städte, selbst wenn von diesen nur noch Ruinen bleiben, nicht lange aufschieben können, und dort werden ihre Truppen den ständigen Angriffen kleiner Kämpfergruppen ausgesetzt sein. Der Schlüssel des Erfolges liegt in ihrer Fähigkeit, die Vollzeitkämpfer (*boeviki*) in die Berge zurückzudrängen, um sie schnell und mit möglichst geringen eigenen Verlusten zu isolieren und zu vernichten. Gelingt es jedoch den *boeviki*, den Winter zu überleben, werden sie im Frühjahr während der Kampagne für die Präsidentschaftswahlen eine wachsende Unterstützung bei einer Bevölkerung finden, die heute von der Brutalität der Bombardierungen gelähmt ist, jedoch dann durch die Barbarei der Repression radikalisiert sein wird. Es sei

denn, es gelingt den Generälen, ihre Truppen zu kontrollieren und ihnen eine gewisse Zurückhaltung bei der Überwachung der besetzten Städte aufzuzwingen.

Für den Zeitpunkt, da der Vernichtungskrieg aus der Distanz abgelöst wird von den „Säuberungsaktionen“, bleibt die Fähigkeit der Generäle, die Städte zu besetzen und dabei die Übergriffe zu begrenzen, die Schlüsselfrage. Angesichts der Mängel in der Befehlskette und der unsicheren Disziplin droht die Gefahr, daß die föderalen Kräfte sich von neuem in Plünderungen und Massakern ergehen. Während des letzten Krieges waren die „befreiten“ Städte Schauplatz von zahlreichen Willkürakten: Tausende Männer verschwanden in den „Aussonderungslagern“, aus denen nichts als Gerüchte über Terror und Machtmißbrauch drangen. Und es gibt bereits von neuem hartnäckige Informationen über willkürliche Verhaftungen und Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, in einer Pogromatmosphäre, wo die Grenzen weniger klar denn je sind. Würden diese mörderischen Praktiken zunehmen, hätten die Tschetschenen keine andere Wahl, als zu den Waffen zu greifen, und die föderalen Kräfte wären erneut im tödlichen Kreislauf von Rache und blinden Repressalien eingeschlossen. So versank während des letzten Konflikts die russische Armee jeden Tag mehr in eine Spirale von Gewalt und Willkür, in der sie schließlich steckenblieb.

Die unmögliche Befriedung

Die von der Besetzung der Städte erhobenen Probleme lassen die kommenden Schwierigkeiten ahnen. Denn abgesehen von der Rückeroberung einer geschaffenen Leere scheint die Strategie der russischen Armee nicht in der Lage, eine Normalisierung der Situation zu ermöglichen. Auch hier macht die Erfahrung des letzten Krieges die Mängel des russischen Herangehens deutlich: vor drei Jahren ebenso wie im letzten Jahrhundert erwiesen sich die russischen Militärs als unfähig, eine Kolonialpolitik zu definieren. Mangels eines wirklichen Verstehens der tschetschenischen Gesellschaft ließ die politische Begleitung der militärischen Operationen immer zu wünschen übrig. So wie die russischen Verantwortlichen die Tschetschenen immer als primitive, hinterhältige und kriminelle Wesen beschrieben haben, so haben sie immer die tschetschenische Gesellschaft als traditionelle, verknöcherte und gesplante Gesellschaft wahrgenommen. Diese tief verwurzelten Vorurteile, die vom Kampfgeist des Widerstands niemals erschüttert wurden, erklären ohne Zweifel zum Teil ihre Unfähigkeit, die Entschlossenheit, die Strategie und die Ideale ihre Feinde zu verstehen, woraus sich ihre hartnä-

ckigen und ständig wiederholten Fehler in der Führung des Krieges und der Definition einer Kolonialpolitik erklären.

Für die russischen Verantwortlichen scheint das Clan-System der Schlüssel zum Verständnis der tschetschenischen Gesellschaft zu sein. Diese Annäherung, die für die koloniale Ethnographie kennzeichnend ist, brachte sie immer dazu, den unbeweglichen und starren Charakter einer Gesellschaft zu übertreiben, die von bestimmten politischen Traumata - vor allem die Deportation - zutiefst verändert wurde. Sie verleitete sie auch dazu, die politische Dynamik zu unterschätzen, insbesondere die Stärke der nationalen Bewegung - eine zugleich zu „moderne“ Erscheinung, um ins „Stammesschema“ zu passen und ideologisch zu unbequem, es sei denn, man räumt den imperialen Charakter der Logik Moskaus ein. Die Überschätzung der Clandifferenzen erklärt das Scheitern der Spaltungspolitik, die darauf abzielt, den Krieg zu „afghanisieren“, indem ein „Stammeskrieg“ geschürt wird. Die Spaltungen sind in der tschetschenischen Gesellschaft ohne Zweifel tatsächlich vorhanden, wie die Befürchtung eines möglichen Bruderkrieges bei den Führungskräften bezeugt, sie sind jedoch mehr politischer als Stammesnatur und die ungeschickten und brutalen Eingriffe Moskaus hatte meistens zur Folge, die Einheit der Tschetschenen zu stärken.

Den russischen Verantwortlichen ist es nie gelungen, den Einfluß und den Zusammenhalt der Kämpfer für Unabhängigkeit zu untergraben, und sie vermochten auch nie, die Bevölkerung davon zu überzeugen, die Autorität Moskaus zu akzeptieren. Während des letzten Krieges bemerkten alle Beobachter den unsteten und oft aberwitzigen Charakter der sogenannten „Befriedungsstrategien“: manche Dörfer, die als „pro-russisch“ bekannt sind oder Friedensverträge abgeschlossen haben, wurden bombardiert, angegriffen oder geplündert. Die Zusammenarbeit mit den föderalen Kräften war nie eine Sicherheitsgarantie. Auch heute beweisen die Zeugenaussagen, die westliche Journalisten in der offiziell befriedeten „Sicherheitszone“ im Norden des Terek festgehalten haben, welche Brutalität der föderalen Kräfte, welches Klima des Mißtrauens und der Feindseligkeit in diesem „Schaufenster“ der russischen Rückeroberung herrscht. Zur traditionellen Aggressivität der Soldaten - Gefangene ihrer eigenen Propaganda - gegenüber der tschetschenischen Bevölkerung kommt die fehlende Disziplin, die bestimmte Einheiten dazu bringt, sich selbst zu organisieren oder zu verselbständigen - mit blutigen Folgen für die Zivilbevölkerung: von Angst und Wodka gefördert, geben sich manche Soldaten Plünderungen und Erpressungen hin oder schießen buchstäblich auf alles, was sich bewegt. Die selben Irrtümer wiederholen sich von Epoche zu Epoche, und die

politischen Optionen Moskaus lösen sich in nichts auf im Fluß der nicht gehaltenen Versprechen, Löhne und Gehälter oder Renten zu zahlen und der immer wieder vorkommenden Übergriffe der föderalen Kräfte. Heute wie im vergangenen Jahrhundert kontrollieren die russischen Truppen in Tschetschenien nur den Ort, wo sie gerade sind und scheinen ihr Ohnmachtgefühl durch eine Welle von Gewalt zu kompensieren. Wegen des Fehlens einer kohärenten Politik sind die Russen dazu verurteilt, unaufhörlich ein Volk zurückzuerobern, das trotz der Kriegsmüdigkeit ständig durch die Brutalität der Besetzung radikalisiert wird.

Die Aussichten auf eine Normalisierung sind um so begrenzter, als Moskau keine politische Lösung vorzuschlagen hat, die die Tschetschenen davon überzeugen könnte, das Schicksal der Russen zu teilen. Während des letzten Krieges konnte die pro-russische Administration niemals die geringste Legitimität erwerben, und daß eine ihrer Figuren, Beslan Gantemirow, der heute als „einzige legitime Autorität auf tschetschenischem Territorium“ vorgestellt wird, wieder in den Sattel gehoben wurde, belegt die Grenzen der politischen Optionen Moskaus. Dieser ehemalige Bürgermeister von Grosny, während des letzten Krieges mit der Leitung der Wiederaufbauprogramme beauftragt, war wegen Unterschlagungen verurteilt worden, bevor er im November 1999 hastig aus dem Gefängnis geholt wurde, um von Boris Jelzin als „Repräsentant des tschetschenischen Volkes“ kooptiert zu werden. Kein führender tschetschenischer Politiker kann Kompromisse hinsichtlich der Unabhängigkeit der Republik hinnehmen, ohne jede Glaubwürdigkeit zu verlieren. Dem Kreml dürfte es schwer fallen, einen Nachfolger für Aslan Maschadow zu finden, dessen Legitimität er vom ersten Tag der bewaffneten Intervention an leugnete. Ohne Zweifel wird es ihm leichter fallen, sein Urteil zu revidieren als einer Marionettenregierung, die er zu installieren versucht, die geringste Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Eine politische Lösung finden

Es versteht sich von selbst, daß durch den Krieg keines der von Moskau zu Beginn der Feindseligkeiten verkündeten Ziele erreicht werden kann. Weit davon entfernt, Tschetschenien in den Schoß der Russischen Föderation zurückzuführen, verschärft dieser neue Krieg das Mißtrauen und die Feindseligkeit, die sich während zweier Jahrhunderte Konfrontation angesammelt haben. Und statt die Radikalen zu schwächen, stärkt er die Fürsprecher eines Kampfes auf Leben und Tod gegen Rußland. Will man nicht auf die Politik des Schlimmsten setzen, gibt es keine andere Lösung als Verhandlungen. Früher oder später, nach fünfzig oder hun-

dertausend Opfer, wird Rußland „ganz logisch“ an den Verhandlungstisch zurückkehren müssen. Das Problem besteht darin, daß im Krieg anderes auf dem Spiele steht, als die hinsichtlich Tschetscheniens verkündeten Ziele, und daß der Entscheidungsprozeß im Kreml verschlungenen Wegen folgt, die jeden Begriff von Rationalität Lügen strafen. Das ist ein Grund mehr für die demokratischen Länder, sich zu bemühen, Moskau davon zu überzeugen, daß es in seinem Interesse ist, eine politische Lösung des Konfliktes zu finden. Daß sie diesen Weg nicht einschlagen, ist noch sehr milde gesagt.

In fünf Jahren Abstand haben die Westmächte von Neuem die Argumente des Kreml akzeptiert und wiederholen im Chor, wie eine gut eingeübte Lektion, daß es sich um eine innere Angelegenheit Rußlands handelt. Das Wohlverhalten hat heute allerdings Grenzen, und man kann eine gewisse Entschiedenheit in den Aufrufen zur Zurückhaltung erkennen. Inzwischen haben die führenden Politiker des Westens schließlich das Ausmaß der Zweideutigkeiten des „demokratischen Übergangs“ in Rußland ermessen sowie die Absurdität einer bedingungslosen Unterstützung Boris Jelzins. Der neue Krieg in Tschetschenien hat auch den Regierenden, die am meisten darum besorgt waren, „Rußland nicht zu demütigen“ und ihren „Freund“ Boris Jelzin zu schonen, die Augen geöffnet. Angesichts der besorgniserregenden Entgleisungen des „Neuen Rußlands“ und der Gefahren einer Destabilisierung des Kaukasus scheinen die demokratischen Länder endlich bereit, Rußland an die Werte zu erinnern, die sie für sich selbst in Anspruch nehmen.

Die Westmächte wären jedoch gut beraten, diese neue Entschlossenheit in realistischem und glaubwürdigem Druck zu übersetzen, um die russischen Politiker dazu zu bewegen, das Feuer einzustellen und eine politische Lösung des Konflikts zu suchen. In dieser Hinsicht wäre ein konkreter Druck am wirkungsvollsten, gerichtet auf die westlichen Interessen jener russischen Politiker, die den Krieg gewählt haben, um ihre Interessen zu wahren. Derartige Maßnahmen wären jedenfalls glaubwürdiger als die Androhung von Sanktionen, bei denen die Westmächte sehr gespalten sind, und wirksamer als moralisierende und deklamatorische Vorhaltungen in einem Augenblick, da die russische Führung meisterhaft die Kunst entwickelt hat, das nationale Ego zu schmeicheln, indem sie einen großrussischen und antiwestlichen Nationalismus fördert.

Selbst wenn Moskau begreifen würde, daß es in seinem Interesse ist, eine politische Lösung des Konflikts zu suchen, wird es nicht leicht sein, eine Lösung zu finden. Bereits im August 1996 schien Rußland, das im Morast des Krieges steckengeblieben war, das Blutbad

nicht beenden zu können, bevor es Alexander Lebed in letzter Minute vor dem Hintergrund eines heillosen Durcheinanders und von Machtkämpfen im Kreml gelang, das Land auf den Weg einer Verhandlungsreglung zu führen. Auch heute wird der Ausweg aus der Krise von Wahlüberlegungen, Finanzskandalen, dem Kräfteverhältnis innerhalb der Machtzirkel und vielen anderen Faktoren abhängen, die nur in einem fernen Zusammenhang mit Tschetschenien und dem Kaukasus stehen.

Angenommen, Rußland entscheidet sich, den Weg einer Verhandlungslösung zu beschreiten - es wird nicht leicht sein, zu Verhandlungen zu kommen. Mit wem verhandeln? Auf tschetschenischer Seite bleibt Aslan Maschadow, auch wenn er nicht die gesamte Situation kontrolliert, ein legitimer Partner. Auf russischer Seite dagegen gibt es wenige zuverlässige Gesprächspartner: wie sollen die Tschetschenen einer Macht trauen, die alle drei Jahre blindwütig mit Massenvernichtungsmitteln jene bombardiert, die sie für ihre eigene Bevölkerung hält? Boris Jelzin ist bereits für zwei blutige Konflikte verantwortlich, und seine bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Mai 1997 eingegangene Verpflichtung, „für immer auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten“ hat ihn nicht daran gehindert, Rußland in einen neuen Konflikt hineinzuziehen. Selbst wenn Putin, dessen Image und Popularität eng mit dem Krieg verknüpft sind, von einem neuen Ministerpräsidenten ersetzt würde, bietet die gegenwärtige Macht keinerlei Garantie für die Errichtung eines neuen Typs von Beziehungen zwischen Moskau und Tschetschenien.

Deshalb obliegt den Westmächten eine wesentliche Rolle, um Rußland zu helfen, aus dem Sumpf herauszukommen. Selbst wenn es sich um eine innere russische Angelegenheit handelte, könnten die demokratischen Länder angesichts des Konflikts nicht passiv bleiben. Zunächst weil die angewandten Mittel unannehmbar sind und im Widerspruch zu den „Forderungen des öffentlichen Gewissens“ stehen sowie der Verpflichtungen Rußlands als Mitglied der OSZE, des Europarates und der Vereinten Nationen. Dann, weil der in Tschetschenien geführte Krieg droht, den gesamten Kaukasus zu destabilisieren, ganz zu schweigen von den verheerenden Folgen auf die russische Gesellschaft und ihrem politischem System.

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1997

P 97-301

Wolf-Dieter Eberwein

Die Politik Humanitärer Hilfe: Im Spannungsfeld von Macht und Moral

P 97-302

Yasemin Topçu

Die Neugestaltung staatlicher humanitärer Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland

P 97-303

Wolf-Dieter Eberwein

**Umwelt – Sicherheit – Konflikt
Eine theoretische Analyse**

P 97 – 304

Peter Brecke

Using Pattern Recognition to Identify Harbinger Configurations of Early Warning Indicators

1998

P 98 – 301

Wolf-Dieter Eberwein

Die deutsch-polnischen Beziehungen: Integrations-theoretische Überlegungen

P 98 –302

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

**Disasters and Violence 1946 – 1997.
The link between the natural and the social environment**

P 98 – 303

Catherine Götze

Humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft. Konzeptionelle Überlegungen zum zivilgesellschaftlichen Charakter von Nichtregierungsorganisationen

P 98 – 304

Ortwin Renn und Andreas Klinke

Risikoevaluierung von Katastrophen

P 98 – 305

Matthias Ecker

**Die „Deutsch-Polnische Elitestudie“:
Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe**

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1999

P 99-301

Basil Kerski

Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990

P 99-306

Nikola Gillhoff

Die Errichtung eines ständigen Internationalen Gerichtshofes – Beginn einer neuen Ära?

P 99-302

Yasemin Topçu

Humanitarian NGO-Networks – Identifying Powerful Political Actors in an International Policy-Field

P 99-307

Matthias Ecker

‚Political Boundary Making‘ toward Poland: Social Identities and Interest-Formation in German Elite Reasoning

P 99-303

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

The Capacity and Willingness to Act Two Constitutive Elements of Strategy Design

P 99-304

Catherine Götze

Von der humanitären zur Entwicklungshilfe. Entwicklung, Konflikt, Nothilfe und die ambivalente Aktualität des Kontinuumkonzeptes

P 99-305

Uta Bronner

Helfer in humanitären Projekten: Strategien und Probleme der Personalplanung

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

2000

P 00-301

Sven Chojnacki

Wolf-Dieter Eberwein

**Die Kultur der Prävention:
Ein Ansatz zur Zivilisierung
internationaler Politik?**

P 00-305

Sarah Reichel

**Transitional Administrations in former
Yougoslavia - A repetition of failures
or a necessary learning process to-
wards a universal peace-building tool
after ethno-political war?**

P 00-302

Peter Brecke

**Risk Assessment Models and Early
Warning Systems**

P 00-306

François Jean

Tschetschenien: Moskaus Rache

P 00-303

Tørris Jæger

**Die Schutzfunktion humanitärer
Hilfe**

P 00-304

Michael Schloms

**Divide et impera - Totalitärer Staat
und humanitäre Hilfe in Nordkorea**

BESTELLSCHEIN

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Presse- und Informationsreferat
Reichpietschufer 50
D - 10785 Berlin

Absender: _____

| | |
|---|--------------|
| Bitte schicken Sie mir folgende Veröffentlichungen des WZB: Please send me the following WZB-Papers: | |
| Paper-Nr.: | Autor: |
| | |

Paper-Bestellungen: Briefmarken erbeten
Wir erbitten von allen Bestellern, die papers vom WZB anfordern, eine **1 DM-Briefmarke pro paper** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte paper einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.
Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von papers **per Telefon oder Fax** an das WZB zu richten. Schicken Sie ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit ihrer eigenen Adresse versehenen Aufkleber bei.
Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahmen unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers, and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are asked to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.
Because of this, it is no longer possible to order papers over the phone or by telefax. Please send your orders only by letter to the WZB-Press and Information Office, and add to the postal stamps a sticker with your own address written on it.
The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.